

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem

1. Entschließungsantrag der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/5125 —

Zur Regierungserklärung „Aktuelle Lage der deutsch-türkischen Beziehungen, Bekämpfung von Gewalt und Extremismus sowie Maßnahmen für eine verbesserte Integration der Ausländer in Deutschland“

2. Entschließungsantrag der Abgeordneten Ingrid Köppe, Dr. Klaus-Dieter Feige, Christina Schenk, Werner Schulz (Berlin), Dr. Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß (Berlin), Vera Wollenberger und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
— Drucksache 12/5135 —

zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu dem Thema Aktuelle Lage der deutsch-türkischen Beziehungen, Bekämpfung von Gewalt und Extremismus sowie Maßnahmen für eine verbesserte Integration der Ausländer in Deutschland

A. Problem

Zu Nummer 1

Die Gruppe der PDS/Linke Liste begehrt mit ihrem Antrag eine Entschließung des Deutschen Bundestages, mit der insbesondere die Bundesregierung aufgefordert werden soll,

- vor dem Hintergrund der verheerenden Bilanz eine Umkehr in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik einzuleiten;
- einen Bericht über sämtliche die Ausländerinnen und Ausländer betreffenden Gesetze und Verordnungen und deren faktisch diskriminierende Folgen vorzulegen;

- alle notwendigen Maßnahmen und Gesetze zu ergreifen und vorzulegen, die die vordringlichste Aufgabe des Abbaus von Benachteiligungen der nichtdeutschen Bürgerinnen und Bürger verwirklichen helfen.

Zudem soll der Deutsche Bundestag mißbilligen, daß die Bundesregierung — und insbesondere der Bundeskanzler — Solingen als Ergebnis der zu langen Duldung politischer und regierungskritischer türkischer und kurdischer Gruppen darstellt.

Zu Nummer 2

Die Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begehrt mit ihrem Antrag eine Entschließung des Deutschen Bundestages, in der die feigen Morde und Gewalttaten gegen Asylbewerberinnen und Asylbewerber und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger zutiefst verabscheut werden und Bund, Länder und Kommunen aufgefordert werden sollen, alle gesetzlichen und praktischen Maßnahmen zu ergreifen und auszuschöpfen, die geeignet seien, dauerhaft diese Gewalt zu verhindern. Prioritär seien wirksame Maßnahmen zum Schutz möglicher Opfer zu ergreifen.

B. Lösung

Ablehnung der Entschließungsanträge.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag — Drucksache 12/5125 — abzulehnen,
2. den Entschließungsantrag — Drucksache 12/5135 — abzulehnen.

Bonn, den 30. Mai 1994

Der Innenausschuß

Hans Gottfried Bernrath
Vorsitzender

Georg Brunnhuber
Bernd Reuter
Berichterstatter

Gerd Wartenberg (Berlin)
Dr. Burkhard Hirsch

**Bericht der Abgeordneten Georg Brunnhuber, Gerd Wartenberg (Berlin),
Bernd Reuter und Dr. Burkhard Hirsch****I.**

Der Entschließungsantrag — Drucksache 12/5125 — wurde in der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages am 16. Juni 1993 an den Innenausschuß federführend und an den Auswärtigen Ausschuß, den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft und an den Rechtsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 78. Sitzung den Antrag auf Drucksache 12/5125 beraten und hat einstimmig bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft hat in seiner Sitzung am 22. September 1993 bei einer Enthaltung aus den Reihen der Fraktion der SPD — und bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste — mit den Stimmen der Fraktionen

der CDU/CSU, SPD und F.D.P. empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der Entschließungsantrag — Drucksache 12/5135 — wurde in der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages an den Innenausschuß federführend überwiesen.

II.

Der Innenausschuß hat in seiner 98. Sitzung am 18. Mai 1994 einstimmig in Abwesenheit der Gruppen der PDS/Linke Liste und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 12/5125 ohne Aussprache abzulehnen. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der Fraktion der SPD in Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste hat er ohne Aussprache beschlossen, den Entschließungsantrag auf Drucksache 12/5135 abzulehnen.

Bonn, den 30. Mai 1994

Georg Brunnhuber
Berichtersteller

Gerd Wartenberg (Berlin)

Bernd Reuter

Dr. Burkhard Hirsch